

## **Asylverfahren auszulagern ist ein Akt der Grausamkeit**

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Migrationspolitik in Europa

**Length:** 874 words

**Byline:** Filippo Grandi

**Highlight:** Die EU-Staaten verhandeln über weitere **Asylverschärfungen**, Großbritannien treibt den Ruanda-Deal voran. Die Chefs von UNHCR und IOM warnen: Wer nur auf Abschottung setzt, wird scheitern.

### **Body**

---

Vom Sand der Sahelzone bis zur Küste des Mittelmeers, von der Wildnis des Darien in Mittelamerika bis zum Golf von Bengalen: Millionen **Flüchtlinge** und **Migranten** sind auf Routen unterwegs, die zu einem Synonym für Verzweiflung, Ausbeutung und Tod geworden sind. Das ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit.

Vielfach wird nun nach härteren Maßnahmen gerufen. Mehrere europäische Staaten haben angekündigt, **Asylverfahren** auszulagern, **Asylbewerber** einfach abschieben zu wollen oder die Einwanderungsgesetze zu verschärfen. Die Pläne kommen zunehmend in Mode – aber sie sind falsch.

Der Fokus auf Abschreckung, Kontrolle und die Strafverfolgungsbehörden vernachlässigt das Grundrecht auf Asyl. Der Ansatz ist unwirksam und unverantwortlich, denn er führt dazu, dass Menschen auf den Routen feststecken oder noch höhere Risiken eingehen müssen.

Die Herausforderungen, die die aktuellen Migrationsbewegungen mit sich bringen, sind groß. Aber um sie zu bewältigen, müssen wir unseren Blick weiten. Es braucht mutige Führung – und eine Strategie, die auf jeder Etappe der Routen greift.

Wie könnte eine solche Strategie aussehen?

Zunächst gilt es, Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir müssen Konflikte beilegen, mehr Sicherheit schaffen, die Menschenrechte stärken, Wachstum und Widerstandsfähigkeit nachhaltig und verlässlich finanziell fördern. All das setzt an den Ursachen von Vertreibung und Migration an, indem in die Zukunft der Menschen investiert wird. Diese Investitionen nicht zu tätigen, etwa die Entwicklungshilfe zu kürzen, ist der falsche Weg!

Die Zahl der Resettlement-Plätze und anderer sicherer Wege für Flüchtlinge und Migranten ist vergleichsweise gering.

Millionen Menschen haben keine andere Wahl, als ihre Heimat zu verlassen. Anhaltende Konflikte und Menschenrechtsverletzungen, unerträgliche Armut und die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels zwingen sie zur Flucht.

## Asylverfahren auszulagern ist ein Akt der Grausamkeit

Wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten geht, sind die einkommensschwächsten Staaten oft am großzügigsten. Aber sie sind kaum in der Lage, noch mehr Menschen aufzunehmen und sie erfolgreich zu integrieren. Dies wiederum führt zu einer Weiterwanderung – wer würde nicht nach einer besseren Zukunft suchen, wenn er keine Wohnung, keine Arbeit, oft nicht einmal Zugang zur Bildung und Gesundheitsversorgung hätte?

Reiche Staaten und internationale Finanzinstitutionen sollten den Ländern entlang dieser Routen deshalb die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Und zwar so, dass auch die Aufnahmegemeinschaften davon profitieren können. Schulen, Universitäten, Unternehmen, Handel, Umweltprojekte bedeuten Hoffnung für alle. Aber nur, wenn es genug davon gibt.

Wohlhabende Staaten können auch im eigenen Land mehr tun. Die Zahl der Resettlement-Plätze und anderer sicherer Wege für Flüchtlinge und Migranten ist vergleichsweise gering. Visa für Familienzusammenführung, Ausbildung oder Arbeit, saisonale Beschäftigungsmöglichkeiten und Zugang zu privaten Patenschaftsprogrammen können Migrationsbewegungen ordnen – und sind Alternativen zur irregulären Überfahrt. Gäbe es genug Plätze, könnten sie eine spürbare Wirkung entfalten.

Eine bessere Steuerung der Migration hätte gleich mehrere Vorteile:

Erstens würde sie dazu beitragen, Arbeitsmarktlücken in wohlhabenden Ländern zu schließen. Die sind größer, als vielen bewusst ist. Der Arbeitskräftemangel kostet die Weltwirtschaft jährlich 1,3 Billionen Dollar, mit einer alternden Bevölkerung wird das Problem im globalen Norden nur noch größer. 90 Prozent der 10- bis 24-Jährigen leben in Entwicklungsländern.

Zweitens würde das den Druck auf die Asylsysteme verringern. Einige Migranten beantragen Asyl, weil sie keine legale Einreisemöglichkeit haben.

Drittens würde der Ansatz kriminellen Menschenhändlern schaden, indem er die Zahl ihrer potenziellen Opfer verringert.

Asylverfahren in Drittländer auszulagern, verstößt gegen das Völkerrecht.

Bei einer solchen Strategie geht es nicht nur um große Politik. Die Zusammenarbeit mit den Menschen, mit den Flüchtlingen und Migranten, müsste ausgeweitet werden. Es bräuchte mehr Beratungsangebote, zum Beispiel über Schutzangebote in Drittstaaten,

Ziel muss es sein, überall effiziente und moderne Asylsysteme aufzubauen – auch in Transitstaaten. Die jetzigen Aufnahmestaaten würden davon profitieren, sie müssten weniger Anträge bearbeiten, könnten Flüchtlinge menschlich und rechtsstaatlich behandeln und jene, die keinen Schutz benötigen oder keine andere Bleibeperspektive haben, rasch in Sicherheit und Würde zurückführen.

Es muss klar sein: Alle Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit an eine Grenze kommen, müssen Zugang zum Hoheitsgebiet erhalten, um Asyl beantragen zu können! Menschen dieses Recht zu verweigern oder die Asylverfahren in Drittländer auszulagern, verstößt gegen das Völkerrecht. Es sind Akte der Grausamkeit.

Damit unsere Vorschläge erfolgreich sein können, sind zwei Dinge von entscheidender Bedeutung: Regierungen müssen zusammenarbeiten und die Verantwortung teilen, selbst in diesen kritischen Zeiten. Und es braucht Aufmerksamkeit für jeden Teil des Weges, den verzweifelte Menschen zurücklegen. Eine Politik, die sich nur auf Abschreckung konzentriert, wird scheitern – tatsächlich ist sie bereits gescheitert.

**Load-Date:** December 7, 2023

## Rishi Sunak warnt vor Überforderung Europas durch Geflüchtete

SPIEGEL ONLINE

16. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Britischer Premier in Italien

**Length:** 381 words

**Byline:** Charlotte Lüder

**Highlight:** Kurz nachdem Rishi Sunak sein umstrittenes Abschiebegesetz durchgeboxt hat, ist er zu Besuch bei Giorgia Meloni in Italien und wirbt für globale Reformen des Asylsystems. Dort warnte er vor der steigenden Zahl von Migranten.

### Body

---

Der britische Premierminister Rishi Sunak hat angekündigt, sich für globale Reformen des Asylsystems einzusetzen und warnte davor, dass die wachsende Zahl von Flüchtlingen Teile Europas »überfordern« könnte.

Sunak äußerte sich auf einem politischen Festival in Italien, das von der Partei seiner italienischen Amtskollegin Giorgia Meloni organisiert wurde, und behauptete, dass einige »Feinde« absichtlich »Menschen an unsere Küsten treiben, um zu versuchen, unsere Gesellschaften zu destabilisieren«.

»Wenn wir dieses Problem nicht in Angriff nehmen, wird die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen. Es wird unsere Länder und unsere Fähigkeit, denen zu helfen, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen, überfordern«, so Sunak in seiner Rede. »Wenn dies erfordert, dass wir unsere Gesetze aktualisieren und ein internationales Gespräch führen, um die Nachkriegsregelungen im Asylbereich zu ändern, dann müssen wir das tun.«

Großbritannien und Italien wollen die Heimreise von in Tunesien gestrandeten Migranten gemeinsam finanzieren. Wie viel Geld dafür bereitgestellt wird, sagten sie jedoch nicht.

Abkommen mit Albanien und Ruanda

Im vergangenen Monat vereinbarte Italien mit Albanien ein Migrationsabkommen, welches vorsieht, dass Italien Asylsuchende, die von staatlichen italienischen Schiffen auf See gerettet wurden, nach Albanien bringt. Dort sollen die Schutzsuchenden ein Verfahren in zwei neu geschaffenen Zentren durchlaufen. Nur Flüchtlinge, deren Asylantrag bewilligt wurde, würden dann nach Italien gebracht.

Die frühere britische Innenministerin Suella Braverman forderte Anfang des Jahres Änderungen an der Uno-Flüchtlingskonvention, die alle Unterzeichnerstaaten verpflichtet, Menschen, die vor Verfolgung fliehen, Asyl zu gewähren. Diese Bestimmung war eines der größten rechtlichen Hindernisse für die Bemühungen der britischen Regierung, ihr umstrittenes Abschiebegesetz durchs Parlament zu bekommen.

## Rishi Sunak warnt vor Überforderung Europas durch Geflüchtete

Doch vergangene Woche gelang es Sunak im zweiten Anlauf genug Stimmen im britischen Unterhaus zu sammeln. Um Migranten abzuschrecken, will London irregulär eingereiste Ankömmlinge künftig ohne Prüfung ihres Asylantrags und ungeachtet ihrer Herkunft nach Ruandaschicken. Sie sollen stattdessen dort um Schutz ersuchen eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen.

czl/Reuters

**Load-Date:** December 16, 2023

---

End of Document

## Kretschmann befürwortet Asylverfahren in Drittstaaten

SPIEGEL ONLINE

06. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK/DEUTSCHLAND; Erster prominenter Grüner für Unionsvorschlag

**Length:** 618 words

**Byline:** Benjamin Schulz

**Highlight:** Vor dem Treffen mit Kanzler Scholz gehen die unionsgeführten Länder mit einem Vorschlag zu Asylverfahren im Ausland in die Offensive. Unterstützung bekommen sie vom Grünen Winfried Kretschmann.

### Body

---

Die Migrationspolitik dürfte das beherrschende Thema des Treffens der Länderchefs mit Kanzler Olaf Scholz am späteren Nachmittag sein. Bei den Vorab-Besprechungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich die unionsgeführten Länder hinter einen Vorschlag gestellt, der schon länger kursiert: Sie wollen, dass Asylverfahren künftig direkt in Ländern außerhalb Europas möglich sein sollen.

So bemerkenswert wie brisant ist, dass die unionsgeführten Länder dafür Unterstützung von einem prominenten Grünen bekommen: Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann. Das erfuhr der SPIEGEL; zuerst hatte die »Süddeutsche Zeitung« darüber berichtet.

In einem Formulierungsvorschlag der Unionsländer heißt es, »dass die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zukünftig auch in Drittstaaten erfolgen soll«. Deshalb solle die Bundesregierung »mit hohem Nachdruck entsprechende Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene unverzüglich aufnehmen«.

Hintergrund des Vorschlags ist die Idee, dass sich Migranten und Flüchtlinge erst gar nicht auf oft lebensgefährliche Fluchtrouten machen würden, wenn sie davon ausgehen müssen, für ihr Asylverfahren etwa in einem afrikanischen Staat zu landen.

NRW-Regierungschef Hendrik Wüst(CDU) hatte jüngst seine Forderung untermauert, über Asylverfahren außerhalb Europas zu diskutieren. So etwas könnte man unter dem Dach der Vereinten Nationen mit ordentlichen rechtssicheren Verfahren machen und Menschen zum Beispiel in einem afrikanischen Land sicher unterbringen, sagte Wüst dem WDR. Wer das Verfahren erfolgreich durchlaufen habe, dürfe nach Europa und auch nach Deutschland kommen - »die anderen gehen aber nicht den gefährlichen Weg aufs Mittelmeer und sind dann nachher doch hier«.

Es darf stark bezweifelt werden, dass der Vorschlag umgesetzt wird. Dazu bräuchte es in der Bundesregierung auch die Zustimmung der Grünen, die anders als Kretschmann derartige Ideen ablehnen und auch in vielen Bundesländern mitregieren.

## Kretschmann befürwortet Asylverfahren in Drittstaaten

Eine schnelle Senkung der Flüchtlingszahlen wäre auch nicht zu erwarten, weil es sicherlich Monate oder Jahre dauern würde, entsprechende Vereinbarungen mit Drittstaaten zu treffen. Und es ist fraglich, ob überhaupt andere Staaten dazu bereit wären.

Offen für die Idee zeigte sich auch SPD-Chef Lars Klingbeil. »Wenn am Ende Verfahren auch in anderen Ländern durchgeführt werden können, ist das für mich ein gangbarer Weg«, sagte er nach einer Sitzung des Parteipräsidiums. Er habe jedoch Fragen zu Praxistauglichkeit, Humanität und Rechtsstaatlichkeit solcher Verfahren. Migrationsabkommen mit anderen Staaten seien ein wichtiger Baustein der künftigen Migrationspolitik. Wenn es dabei darum gehe, ob Asylverfahren auch in anderen Ländern durchgeführt werden könnten, »werde ich mich einer solchen Regelung nicht verweigern«. Kürzlich hatten sich auch Fachpolitiker aus der SPD-Fraktion dem Vorschlag angeschlossen.

Zudem gibt es auch Fachleute, die die Idee für ein Instrument halten, die migrationspolitische Krise zu überwinden. Im SPIEGEL-Interview plädierte etwa der Migrationsexperte Gerald Knaus dafür. Es gebe ein Recht auf Asyl, aber nicht auf Migration, sagte er.

Die Migrationspolitik und Asylverfahren sind nicht das einzige Thema bei den Beratungen der Länder mit Kanzler Scholz. Außer über die Kosten für die Integration und Unterbringung von Flüchtlingen soll auch über ein Paket für mehr Tempo bei Planung und Genehmigung von Projekten diskutiert werden. Auch die Zukunft des Deutschlandtickets steht auf der Agenda. Insbesondere in Finanzfragen liegen Bund und Länder weit auseinander.

flo/ulz/cte

**Load-Date:** November 6, 2023

---

End of Document

## Von der Leyen lobt Asylkompromiss Linke spricht von Legalisierung von Rechtsbrüchen

SPIEGEL ONLINE

20. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Reaktionen zu EU-Einigung

**Length:** 765 words

**Byline:** Felix Keßler

**Highlight:** Das EU-Asylrecht wird verschärft. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verspricht sich davon eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen. Die Linke kritisiert den Deal als »Kniefall vor den Rechtspopulisten«.

### Body

---

Spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 wurde das Thema Migration für die EU zur Belastungsprobe. Tausende Menschen starben beim Versuch, in die EU zu gelangen, zugleich wuchsen in vielen Ländern angesichts hoher Flüchtlingszahlen Forderungen nach Begrenzung von Einwanderung. Trotzdem dauerte es Jahre, bis sich die Mitgliedsländer auf einen Kompromiss einigten. Nun haben sie sich auf eine umfangreiche Reform des Asylsystems verständigt, vor allem, um irreguläre Migration einzudämmen.

Geplant sind einheitliche Verfahren an den EU-Außengrenzen. Asylbewerber sollen bis zu einer Entscheidung über ihren Antrag unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden können. Durch einen »Solidaritätsmechanismus« müssen Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, künftig etwa finanzielle Unterstützung leisten. Zudem sollen abgelehnte Asylbewerber künftig leichter in sichere Drittstaaten abgeschoben werden können.

Wie wird die Einigung politisch bewertet? Der Überblick zu den Reaktionen

**EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen** spricht von einem Erfolg. Die Reform bedeute, »dass Europäer entscheiden, wer in die EU kommt und wer bleiben darf, nicht die Schmuggler«, so von der Leyen. »Sie bedeutet, die zu beschützen, die in Not sind.« Auch hätten die EU und die Mitgliedstaaten durch die neue Regelung »die Werkzeuge, um in Krisensituationen, in denen sie mit einer großen Zahl illegaler Einreisender konfrontiert sind, schnell zu reagieren«. Dies gelte auch, wenn »feindliche Staaten« Versuche unternähmen, die EU oder Mitgliedstaaten zu destabilisieren.

**EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola** sprach von einem »wirklich historischen Tag«. Die Reform sei womöglich das wichtigste Gesetzespaket dieser Legislaturperiode. Der künftige Ansatz sei »human und fair für die, die Schutz suchen, entschieden gegenüber denen, die nicht berechtigt sind und kraftvoll gegenüber denen, die die Schutzbedürftigsten ausbeuten«, so Metsola.

Lob kam auch von der liberalen Fraktion **Renew Europe** im Europaparlament, in der auch die FDP organisiert ist. Es handle sich um einen »historischen Durchbruch«, teilte etwa die französische Europaabgeordnete Fabienne Keller mit. »Wir bringen eine starke gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen durch Migration und setzen Ad-hoc-Lösungen ein Ende«, so Keller. Der migrationspolitische Sprecher der FDP im EU-Parlament, Jan-Christoph Oetjen, sprach von einem »Meilenstein für Europa«. Die Reform werde »endlich Ordnung in die Migrationsströme bringen«, so Oetjen.

**Lena Düpont (CDU)**, migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, äußerte sich ebenfalls positiv. »Europa holt sich die Hoheit über Asyl und Migration zurück«, schrieb Düpont. »Nach langen Jahren des Hangelns von Notlösung zu Notlösung haben wir nun das erste Mal seit der Einführung einer gemeinsamen Innenpolitik eine kohärente Herangehensweise an eine mehr als komplexe Herausforderung.« Der Ball liege nun »vor allem in den Mitgliedstaaten«, so Düpont.

Der Vorsitzende der **SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Wiese**, teilte mit, die Einigung sei ein »großer Erfolg«. Die »klare Unterscheidung an den Außengrenzen wird das Migrationsgeschehen ordnen und den Migrationsdruck auf die europäischen Länder mindern«, so Wiese. »Ankommende Geflüchtete werden an den Außengrenzen registriert und jene mit Schutzanspruch endlich wirklich solidarisch europaweit verteilt.«

Scharfe Kritik kam dagegen von der deutschen Europaabgeordneten **Cornelia Ernst (Linke)**. »Der heutige Tag ist dramatisch für die Rechte Schutzsuchender in Europa und ein historischer Kniefall vor den Rechtspopulisten in der EU«, schrieb Ernst. Es handle sich um die »massivste Verschärfung des Europäischen Asyl- und Migrationsrechts seit Gründung der EU«, so die Linkenpolitikerin. Das individuelle Recht auf Asyl sei »de facto tot«, mit der Regelung hätten Mitgliedstaaten zudem einen »Blankoscheck für die Aussetzung praktisch aller Rechte Schutzsuchender« und einen »Freibrief für Pushbacks«. »Damit wird die Rechtsstaatlichkeit in der EU schwer beschädigt«, schrieb Ernst.

**Die Grünen** teilten indes mit, sie betrachteten die Reform mit »gemischten Gefühlen«: »Es ist eine schwierige Einigung«, schrieb der Sprecher der deutschen Grünen im EU-Parlament, Rasmus Andresen. Die aktuelle Lage an den Außengrenzen sei unerträglich und dürfe so nicht bleiben. »Ob die jetzige Einigung in der Lage ist, Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik herzustellen, ist fraglich«, schrieb Andresen. Dass künftig auch Familien mit Kindern an den Außengrenzen inhaftiert werden könnten, sei »enttäuschend«.

mbe/fek

**Load-Date:** December 20, 2023



## **Migrationsbeauftragter nennt Spahns Abschiebepläne »kindlich naiv«**

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLAND; Flüchtlingspolitik

**Length:** 432 words

**Byline:** Alexander Kauschanski

**Highlight:** Unionsfraktionsvize Spahn will Geflüchtete in Drittstaaten wie Ruanda oder Moldau abschieben. Der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung Joachim Stamp hält solche Vorhaben für nicht so einfach umsetzbar.

### **Body**

---

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp(FDP), hat den Vorstoß von Unionsfraktionsvize Jens Spahn(CDU) in Sachen Abschiebung kritisiert: »Die Idee sicherer Drittstaaten ist nicht neu und auch im Koalitionsvertrag der Ampel angelegt. Sie lässt sich aber nicht so einfach umsetzen, wie Herr Spahn geradezu kindlich naiv annimmt«, sagte Stamp der »Bild«-Zeitung.

Spahn hatte zuletzt in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« gefordert, alle neuen Geflüchteten »die irregulär die EU erreichen« nach Ghana, Ruanda oder in osteuropäische Nicht-EU-Länder wie Georgien oder Moldau wieder abzuschicken. »Wenn wir das vier, sechs, acht Wochen lang konsequent durchziehen, dann werden die Zahlen dramatisch zurückgehen«, sagte Spahn. Viele würden sich erst gar nicht mehr auf den Weg machen, wenn klar sei, »dass dieser binnen 48 Stunden in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU führt«.

Migrationskrise lasse sich nicht durch schnelle Schlagzeilen bewältigen

Stamp, der am Montag in Georgien erwartet wird, ergänzte, diplomatische Bemühungen auf europäischer Ebene würden »von vornherein kaputt gemacht, wenn öffentlich über potenzielle Länder spekuliert wird«. Er sagte: »Damit hat Herr Spahn der Debatte einen Bärendienst erwiesen.« Die Migrationskrise lasse sich »nur durch kontinuierliche und harte Arbeit auf allen Ebenen bewältigen, nicht aber durch schnelle Schlagzeilen«. Auch Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte Spahns Vorstoß bei ihrem Besuch in Ruanda kritisiert.

Die Bundesregierung prüft seit zwei Jahren, ob Asylverfahren in Ausnahmefällen in Drittstaaten möglich sind. Auf die Frage nach dem aktuellen Stand sagte ein Sprecher des Innenministeriums laut »Bild«, die Prüfung dauere angesichts der rechtlichen und tatsächlichen Komplexität der Fragestellung noch an.

Der Drittstaaten-Vorschlag ist auch Kern des Migrationskonzeptes im Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms. Ziel seien »vertragliche Vereinbarungen, wonach Flüchtlinge dort ein Asylverfahren bekommen und im Falle der Schutzgewährung dort sicher bleiben können«, hatte Spahn erklärt.

Migrationsbeauftragter nennt Spahns Abschiebepläne »kindlich naiv«

In der Genfer Flüchtlingskonvention stehe nicht, dass Schutz vor Kriegsverfolgung in der EU selbst gewährt werden müsse. Spahn sagte: »Wenn wir dafür sorgen, dass Verfolgte einen sicheren Schutzraum bekommen, dort gut versorgt werden und ohne Angst leben können, dann ist das Ziel der Flüchtlingskonvention erfüllt.«

Außerdem, so Spahn weiter, habe Deutschland dann auch »Kraft, Raum und Ressourcen, um diejenigen aufzunehmen, die unseren Schutz wirklich brauchen. Ich finde das humanitärer.«

aka

**Load-Date:** December 18, 2023

---

End of Document